



Auswärtiges Amt

C·A·P



BALKAN FORUM

*„Regionale Kooperation und europäische Integration des
Westbalkans“*

2. Sitzung, Berlin, 15. April 2002

Thesenpapier

Der 2. Arbeitstisch des Stabilitätspaktes und die Erwartungen der Region

von Peter Scherrer
Europäisches Gewerkschaftsinstitut
Brüssel

Kooperationsveranstaltung:

Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
Centrum für angewandte Politikforschung, München
Planungsstab des Auswärtigen Amtes, Berlin

Der Arbeitstisch II des Stabilitätspaktes hat sich zum Ziel gesetzt den wirtschaftlichen Wiederaufbau, die wirtschaftliche Entwicklung und Kooperation in Südosteuropa zu fördern. Der Verwirklichung dieses Zieles sollen die folgenden Arbeitsgebiete dienen:

- **Regional Infrastructure**
(Mit dieser Initiative sollen die nötigen Voraussetzungen für eine funktionierende Infrastruktur geschaffen werden. Im „Quick Start Package“ (QSP) wurden dafür 35 Projekte bewilligt. Im Zentrum stehen das Transportwesen, die Energie - und Wasserversorgung und die Telekommunikation.)
- **Energy**
(Gemeinsame Ziele in der Energiepolitik und –versorgung sollen identifiziert und koordiniert werden. Gemeinsame Strategien zur Verbesserung der Infrastruktur der Energieversorgung sollen entwickelt werden)
- **Private Sector Development**
(Diese Initiative soll den Handel und die Investitionsbereitschaft des privaten Sektors in den Ländern der Region erhöhen)
- **Intraregional Trade**
(Diese Initiative soll helfen Handelsschranken abzubauen. Durch die Abschaffung von Zöllen und anderen Handelshindernissen soll der Handel in der Region angeregt werden)
- **Investment Compact**
(Diese Initiative soll die wirtschaftlichen und strukturellen Grundlagen für nachhaltiges Wachstum und Entwicklung in SOE schaffen. Dringende politische Reformen sollen helfen eine robuste Marktwirtschaft zu schaffen)
- **Business Advisory Council**
(Mit dieser Initiative soll die Transformation der SOE Staaten in marktwirtschaftlich orientierte Volkswirtschaften gefördert werden. Die Förderung von Unternehmensgründungen, insbesondere von KMU ist beabsichtigt.)
- **Environmental Issues**
(Durch die Stärkung der Zivilgesellschaft und der kommunalen Parlamente und Verwaltungen soll ein besseres „Umweltmanagement“ und das Bewusstsein für den Umweltschutz gestärkt werden.)
- **e-SEEUrope**
(Die Initiative soll die Entwicklung der Infrastruktur der Informationstechnologie unterstützen. Elemente wie e-business, e-government und e-education sollen gefördert werden.)
- **Initiative for Social Cohesion**
(Institutionen der Gesundheitsfürsorge und der Sozialversicherungen (insbesondere Rentenversicherungen) sollen gestärkt werden. Arbeits- und beschäftigungspolitische Regelungen und Initiativen sollen mit denen der EU und dem internationalen Standard harmonisiert werden. Der soziale Dialog soll gefördert werden.)

- **SAVA Basin Initiative**

(Diese Initiative soll die Zusammenarbeit der Länder Bosnia Herzegovina, Republic of Croatia, Republic of Slovenia und Federal Republic of Yugoslavia beim Schutz der Sava als ökologisch wertvollen und kostbaren Flusslauf fördern. Gleichzeitig soll die gemeinsame Nutzung als wichtiger Wasserweg verstärkt werden.

Erstens: Schon die Auswahl der Initiativen lässt erkennen, dass der Förderung der Sozialpolitik vergleichsweise wenig Bedeutung beigemessen wird. Die Unterstützung der Staaten SOEs bei der Lösung solch massiver Probleme wie Unterbeschäftigung, Arbeitslosigkeit¹ und fehlende Einrichtungen der sozialen Sicherung ist kein herausgehobenes Ziel des Stabilitätspaktes. Der Stabilitätspakt folgt der Logik, nachdem durch die Verbesserung der Infrastruktur (Bautätigkeiten und verstärkter intra-regionaler Handel) und durch Unternehmensgründungen im Bereich der KMU ein spürbarer Beitrag zur Belebung des Arbeitsmarktes (und damit auch zur Entwicklung der Sozialleistungen der einzelnen Staaten) geleistet ist, seien auch die mit hoher Arbeitslosigkeit verbundene Probleme, wenn nicht gelöst so doch deutlich abgeschwächt. Die Erwartungen der Bevölkerung in den Staaten SOEs konzentrieren sich mindestens genauso auf die Beseitigung der sozialen Probleme, wie auf die anderen Ziele, die der Stabilitätspakt favorisiert. Für einige Ziele des Stabilitätspaktes gibt es nur Akzeptanz in der Bevölkerung, wenn gleichzeitig spürbare Lösungen für die Konsequenzen der Politik der internationalen Gemeinschaft angeboten werden. Ein augenfälliges Beispiel ist die überfallartige Schließung der Bleischmelze in Zvecan, die zum Trepca-Kombinat im Kosovo gehört. Hier wurden 3.000 Arbeiter innerhalb von einer Stunde arbeitslos, weil die UNMIK Verwaltung im Kosovo aus Gründen des Umweltschutzes (zurecht!) die Schließung der Fabrik angeordnet hatte. Nach fast zwei Jahren, ist für die Beschäftigten immer noch keine Alternative in Sicht. Der einerseits dringende Schutz der Umwelt kollidiert mit den andererseits berechtigten Interessen der Arbeitnehmer nach Beschäftigung.

Neben der Erwartung, dass der Stabilitätspakt dazu beiträgt, einen dauerhaften Frieden zu schaffen, hofften die Menschen in Südosteuropa auf eine zügige Wirtschaftsentwicklung und damit auch auf Arbeitsplätze und eine wirksame soziale Sicherung.

Zweitens: Der Stabilitätspakt ist in den Ländern Südosteuropas als unmittelbare Reaktion der sog. Internationalen Gemeinschaft auf die militärische Intervention der NATO im Kosovo und die Bombardierung Serbiens verstanden worden. Die Bevölkerung in den Staaten SOEs war mehrheitlich gegen die militärische Lösung des Konfliktes im Kosovo. Das Ziel, durch den Stabilitätspakt in SOE einen „belt of prosperity and welfare“ zu schaffen, wurde „auf dem Balkan“ als Entschuldigung für das militärische Eingreifen der NATO/USA verstanden. In der Wahrnehmung der Bevölkerung der südosteuropäischen Staaten sollte mit dem Stabilitätspakt das Gewissen der „Internationalen Gemeinschaft“ beruhigt werden. Der Stabilitätspakt wurde als „schnell wirkende unbürokratische Hilfe“ angekündigt. Im ersten Jahr nach seiner Schaffung begannen nur sehr wenige Projekte. Für die Bevölkerung in SOE waren die mageren Ergebnisse der Anfangsphase schlicht nicht sichtbar.

Drittens: Im Arbeitstisch II wurden zahlreiche Initiativen angedacht, geplant und vorbereitet. Gemessen an den personellen und administrativen Ressourcen des Stabilitätspaktes sind erstaunlich viele Projekte begonnen und realisiert worden. Gemessen an den Erwartungen, die durch die Vielzahl und die weitreichende Zielsetzung der Projekte in den Ländern SOE geschaffen wurde, ist wenig erreicht worden. Die personelle Ausstattung der Administration

¹ Siehe angefügte Tabelle der “Basic macroeconomic indicators 2001”

des Stabilitätspaktes ist im Verhältnis zu den Zielen und der Bandbreite der Initiativen zu gering. Dies hat zur Folge, daß wenige Mitarbeiter an vielen verschiedenen Themen und Projekten arbeiten. Es gibt Beschäftigte im Stabilitätspakt, die sich mit e-business beschäftigen, andere müssen sich um die gesicherte Elektrifizierung von Dörfern oder sogar ganzer Regionen (wie z.B. im Kosovo) kümmern.

Viertens: Keines der Projekte des QSP befaßte sich mit der Förderung der Zusammenarbeit der Sozialpartner. Die Förderung von Konzepten, die in westlichen Ländern (Bündnisse für Arbeit, runde Tische, etc.) helfen sollen, gemeinsam nach Lösungen für die massiven sozialen Probleme zu suchen, war kein Gegenstand des Stabilitätspaktes. Die Entwicklung einer wirksamen Sozial- und Beschäftigungspolitik war in der Anfangsphase des Stabilitätspaktes nicht Teil seiner Zielsetzung. Dieses Defizit ist auch heute nur in geringem Masse korrigiert.

Fünftens: Erklärtes Ziel des Stabilitätspaktes war es, möglichst zahlreich NGO und zivile Organisationen in die Projektarbeit zu involvieren. Hiermit sollte auch der Prozeß der Demokratisierung vorangetrieben werden. Gleichzeitig sollte aber auch durch die Projekte schnelle wirksame Hilfe geleistet werden. Bei den weitaus meisten der QSP-Projekte sind keine NGOs beteiligt worden. Die Partner in den Projekten waren in den meisten Fällen, die Regierungen und deren Verwaltungen und Behörden. Der zusätzliche „Demokratisierungseffekt“ ist dem Zeitdruck zum Opfer gefallen.

Sechstens: Die Ziele einiger Initiativen sind für die schwachen und noch nicht entwickelten Marktwirtschaften in den Ländern kontraproduktiv. Das völlige Fehlen von Zöllen (z.B. im Kosovo) für importierte Güter (z.B. Nahrungsmittel) setzt die lokalen Produzenten unter enormen einen Wettbewerbsdruck. Einerseits wirbt die Internationale Gemeinschaft für die Liberalisierung des Handels, andererseits errichten sie neue Zollschranken untereinander (jüngstes Beispiel Stahlprodukte USA/EU). Der Zugang zu den Märkten in der Region und in Europa wurde erwartet. Realität ist, daß westliche Multis überall präsent sind, den kapitalarmen Unternehmen in der Region aber der Zugang zu den europäischen Märkten nur schwer möglich ist.

Zusammengefasst:

Die Maßnahmen des Stabilitätspaktes waren in vielen Fällen zu langsam. Die von der internationalen Gemeinschaft (und von Politikern der Region) erzeugte Erwartungshaltung kontrastiert kraß mit den verwirklichten Projekten. Weniger Projekte, dafür eine schnelle und gründliche Realisierung hätte die Glaubwürdigkeit der Initiative gedient. Eine stärkere Fokussierung auf die rasche Entwicklung eines adäquaten, aber funktionierenden Sozialstaat ist dringend nötig. Die wirtschaftspolitischen Impulse, die durch den Stabilitätspakt ausgehen sollen, sind zu einseitig ausgerichtet. Beschäftigungspolitische Initiativen sind gefordert.

Basic macroeconomic indicators 2001 preliminary

	GDP, % of 1990 % of GDP	Consumer inflation	Unemployment	Current account,
Albania	122	3	15	-7
Bosnia Herzegovina	-	3/9²	41	-23
Bulgaria	82	7	17	-7
Croatia	89	5	23	-4
Macedonia	97	5	34	-6
Romania	86	35	9	-6
Yugoslavia	49	89	28	-11
<i>SEE 7</i>	<i>88</i>	<i>21</i>	<i>24</i>	<i>-9</i>
Czech Republic	103	5	9	-4
Hungary	113	9	6	-2
Poland	146	6	17	-4
Slovak Republic	108	7	19	-8
Slovenia	125	8	12	0
<i>CEE 5</i>	<i>119</i>	<i>7</i>	<i>12</i>	<i>-4</i>

Source: National Statistics and WIIW Database.

² Note: 2) Federation BiH / Republika Srpska